

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

238 (11.10.1919)

Beilage zur Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Ein Vorschlag zum Abbau der Teuerung.

* Die Bayerische Staatszeitung veröffentlicht die folgenden Ausführungen des Majors a. D. Paulus:

„Die Armut kommt von der Boverheit“, pflegte Onkel Bräutigam zu sagen. Und er hatte recht. Wenn er damit den geschlossenen circulus vitiosus meinte, aus dem das Entinnen so schwer. Heute befindet sich das deutsche Volk in seiner Gesamtheit in einem solchen circulus vitiosus. Vorläufig allerdings gibt es noch eine erhellende Anzahl von einzelnen und ganzen Klassen, die aus der wirtschaftlichen Notlage der Gesamtheit enormen Gewinn ziehen. Aber das deutsche Volk als Wirtschaftseinheit treibt dem Bankrott zu. In von Tag zu Tag wachsender Geschwindigkeit. Der Stand unserer Valuta im Auslande und die Teuerung im Inlande sind die jedem erkennbaren Sturmzeichen am Barometer unseres Wirtschaftsbimmels. Viel tiefer oder viel höher geht nicht mehr lange. Höchst, allerhöchste Zeit ist es, auf dieser schiefen Ebene unserer Wirtschaftsentwicklung dem eisernen Rade unseres Wirtschaftslebens einen bremsenden Hemmschuh anzulegen. Von diesem Bremspunkte aus kann und muß sich die abbauende Rückwirkung auf die übrigen Wirtschaftsgelände automatisch weiterpflanzen. Die Wirkung wird um so kräftiger sein, je unentbehrlicher das Wirtschaftsgebiet ist, auf dem mit dieser Preisabkämpfung begonnen wird.

Aus diesen Erwägungen heraus sind die Vorschläge entstanden, die ich den bayerischen Ministerien für Landwirtschaft und Soziale Fürsorge behufs Abbau der Lebensmittelpreise unterbreitet habe und die zurzeit in diesen Ministerien auf ihre Durchführbarkeit geprüft werden.

Wenn ich deren Inhalt im nachfolgenden kurz skizziert der Öffentlichkeit unter Zustimmung dieser beiden Ministerien unterbreite, so geschieht das in der Absicht, jedermann, der zu diesem Thema Verwerthbares in positivem oder negativem Sinne zu sagen hat, Gelegenheit zur Mitarbeit zu geben. Meine Vorschläge betreffen die Landwirtschaft als der Erzeugerin unserer unentbehrlichen Existenzmittel, der Lebensmittel die Möglichkeit zu verschaffen, nicht nur ihre Erzeugnisse billiger als bisher, sondern auch in größerer Menge der Allgemeinheit zum Bezuge anzubieten. Denn einen Auslandszuschuß werden wir bald uns nicht mehr leisten können. Zu dessen Bezug ist Geld, Austauschware oder Kredit nötig. Das alles aber wird uns in kurzer Frist fehlen. Das einzige Attribut unserer Wirtschaftsbilanz, das uns, wenn auch nicht unverfügt, geblieben ist, aber leider unvollständig ausgenutzt bleibt, liegt in der menschlichen Arbeitskraft. Zurzeit gibt es 600 000 bis 700 000 Erwerbslose die öffentliche Unterstüttung beziehen, in Deutschland. Nach Rückkehr der Kriegsgefangenen dürfte die Zahl nahe an eine Million gehen. Mit Eintritt der Winterzeit und den zu befürchtenden Auswirkungen des bevorstehenden totenlosen Winters dürften es 1½ bis 2 Millionen werden. Diese Zahlen haben nicht nur einen bedauerlichen Inhalt, sondern sie stellen auch einen hohen national-ökonomischen Wert dar. Gelingt es, diese national-ökonomische Reserve wirtschaftlich auszunutzen, so ist zugleich das politische Weingungsmoment beseitigt.

Diese Arbeitskräfte sollen der Land- und Forstwirtschaft in der Weise zur Verfügung gestellt werden — wo erforderlich unter Anwendung eines gezielten Zwangsmittels —, daß der Arbeitgeber nur einen der Qualität der tatsächlich geleisteten Arbeit entsprechenden Lohn in so beschränkter Höhe zu zahlen hat, daß für ihn künftig der jetzige höhere Arbeitslohn in seiner Gewinn- und Verlustrechnung eine erhebliche Senkung erfährt. Der ihm zur Verfügung gestellte Arbeiter aber soll neben der vom Rechte lockerer zu gehaltenden Erwerbslosenunterstützungsquote aus der von Arbeitgeber zu zahlenden ermäßigten Lohnquote einen Anreizzuschuß erhalten, der ihm den Entschluß zum Uebertritt in die ländliche Arbeit erleichtert und erhält. Auf diesem Wege sollen die persönlichen Ausgaben der Land- und Forstwirtschaft herabgesetzt werden. Ganz auf demselben Wege soll vorgegangen werden, um auch die sachlichen Ausgaben dieser Betriebe herabzusetzen (Geräte und Maschinen, künstlicher Dünger, Kraftfutter, Saatgut, Betriebsstoffe usw. usw.). Alle Industrien, welche beratige sachliche Betriebsbedürfnisse für Land- und Forstwirtschaft liefern, sollen bezüglich Zurverfügungstellung billiger Arbeitskräfte genau so behandelt werden, wie die Land- und Forstwirtschaft selber.

Auf diese Weise würde es der Land- und Forstwirtschaft möglich sein, ihre Erzeugnisse billiger als jetzt an den Markt zu bringen, ohne daß die Rentabilität der eigenen Betriebe eine Einbuße erleiden würde. Der Staat aber würde seine Erwerbslosenunterstützung nicht mehr für nicht geleistete Arbeit, sondern für Arbeit von höchstem Wert bezahlen. Der Kon-Baleur des Kontos Arbeitskraft in unserer national-ökonomischen Bilanz würde durch eine Ziffer ersetzt werden, die von bedeutender Rückwirkung auf die ganze Bewertung unserer Wirtschaftsbilanz, also auch unsere Valuta, sein würde. Und, was der springende Punkt ist, mit dem Abbau der allgemeinen Teuerung wäre der vielbeachtete Anfang gemacht, die abbauende Rückwirkung auf unser übriges Wirtschaftsleben nicht ausbleiben könnte. Daß auch innerpolitische und soziale Mißstände, unter deren Vorhandensein wir zurzeit schwer leiden, bei dieser Erledigung der Erwerbslosenfürsorge, auch wenn für den Anfang nur vorwiegend Beding in Betracht kommen, eine höchstwünschte Entspannung erfahren würden, sei nur nebenbei erwähnt.

Die Forstwirtschaft ist, obgleich sie Lebensmittel in engerem Sinne nicht liefert, deshalb mit der Landwirtschaft zusammengefaßt worden, weil sie, wie jene Saisonbetrieb, ein Plus von Arbeitern gerade zu jener Jahreszeit aufzunehmen imstande ist, in der die Landwirtschaft ihre tote Saison hat.

Schließlich sei noch erwähnt, daß gewisse Durchführungsschwierigkeiten dem Verfasser wohl bekannt sind. So die Notwendigkeit der Anerkennung, die häuerliche Abneigung gegen städtische Arbeiter usw. Solche Schwierigkeiten aber können und müssen überwunden werden, wenn es sich darum handelt, einen Weg zu finden, der uns an dem Abgrunde des Bankrotts vorbeiführt.

Die hauptsächlichsten Schwierigkeiten liegen im Aufbau der Organisation. Meines Erachtens muß eine solche Organisation von unten aufgebaut werden. Die Gemeinde muß Trä-

gerin der Organisation werden. Nicht nur aus organisatorischem Grunde, sondern auch deshalb, weil sie jederzeit imstande ist, etwa nicht angeforderte Arbeitskräfte in gemeinnützigen Unternehmungen wie Wegebau, Meliorationen usw. nutzbringend zu verwenden.

Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die zweite Beratung des Haushaltsjahres fortgesetzt. (Politische Besprechung.)

Hg. Bols (Zentr.): Mit dem Regierungsprogramm und den Ausführungen des Reichszänglers sind wir im wesentlichen einverstanden. Die Revolution war eine Folge des militärischen Zusammenbruchs. Wir haben uns auf den Boden der Verfassung gestellt und wollen mitarbeiten am neuen Weide. Wir treten dafür ein, daß den politischen Ministern sachlich durchgebildete Mitarbeiter zur Seite stehen. Die Akfordarbeit muß wieder eingeführt werden. Die Erbitterung der Landeute über die Schikanen der Zwangswirtschaft ist nicht unberechtigt. Zu der Kontrolle müssen die Landwirte selbst herangezogen werden.

Hg. Henke (N. S.): Die Einwohnerwehren verfolgen sämtlich kapitalistische und monarchistische Ziele. Eine Einigung mit den Arbeitern, die noch hinter ihm stehen, wird erfolgen. Wenn man die bewaffneten Kriegervereine und Einwohnerwehren zusammenzählt, haben wir mehr Soldaten in Deutschland, als Eripen behauptet hat. (Dr. Kahl: Gehen Sie doch als Aufsichtsrat zum Entente.) Ich und meine Freunde sind international. (Pflurufe rechts, Lärm im ganzen Hause.) Gerade das muß dem Auslande gesagt werden. (Erneuter Lärm und Pfuirufe.)

Das soziale Programm des Reichsministers kann man am besten erkennen, wenn man seine Verteilung in der Reichspresse liest. Wenn Koste die bolschewistischen Truppen nicht zurückholen kann, so ist diese Dönmacht der Regierung geeignet, ihr die Existenzberechtigung zu nehmen. General von der Goltz ist ein Landesverräter, der monarchistische Antriebe plant.

Reichszängler Bauer: Herr Henke sollte doch Vorschläge machen, wie wir es im Baltikum machen sollen. Es ist eine gewissenlose Opposition, so sagen wir, brauchen uns nicht den Kopf der Regierung zu zerbrechen. Jedermann und vor allem jeder Arbeiter sollte da mitarbeiten. Die Regierung ist gerne bereit, sämtliche Unabhängige ins Baltikum zu senden, damit sie dort ihren Einfluß geltend machen. (Heiterkeit.) Das ungeheure Maß an Beschimpfung des Herrn Henke gegen den Minister Koste übersteigt alles, was in diesem Hause üblich ist. Ich habe nicht nötig, Herrn Koste in Schutz zu nehmen. Das Attentat gegen Herrn Henke bedauere auch ich, denn das ist der tiefste Akt, wenn politische Ziele mit Gewalt ausgeführt werden. Der Attentäter hat mit seiner Kugel etwas zu tun, allenfalls mit den Unabhängigen. Er ist übrigens geistig minderwertig. Gibt es eine niedrigere Art der Agitation, als eine solche Tat zu politischer Propaganda auszunutzen? (Lebhafter Beifall bei den Reichsparteien.) Die Reichswehr beträgt gegenwärtig nicht mehr als 400 000 Mann. Die Einwohnerwehr ist nicht bewaffnet. Die Waffen werden ihr nur im Falle der Gefahr ausgeteilt. Sie dienen zu Polizeizwecken und für Ruhe und Ordnung. Wenn die Einwohnerwehr nicht gewesen wäre, dann würde Herr Henke mit seinen Horben in Bremen sich wieder alles von unten zu oberst gelehrt haben. Die gesuchten gemerktschaftlichen Arbeiter werden die Falschaktil des Herrn Henke nicht mehr mitmachen wollen. Wir wollen keinen Arbeitszwang einführen. Es ist eine Frucht Ihrer Politik (nach rechts), wenn im vorigen Winter Übergriffe und Unruhen vorgekommen sind. Die Revolution ist eine Folge der unglaublichen Verwüstungen des Krieges. (Widerpruch rechts.) Die Regierung würde ihre Pflicht verachlässigen, wenn sie nicht mit aller Macht gegen die Dridelberger vorgeht. (Beifall.) Die Kommunisten, die Heber, muß man unerschütterlich machen, wenn sie Sabotage treiben. Auch die Rechte hat hierbei Schuld, indem sie die Autorität der Regierung untergräbt. (Gehr richtig! und Beifall links.)

Hg. Dr. Henke (D. B.): Wir können uns mit der Behargie des Zentrums nicht einverstanden erklären, das sich einfach mit der bestehenden Republik abfindet. Das Volk muß zum monarchischen Gedanken zurückgeführt werden. Ist die Majorität dafür, dann wird auch der geeignete Mann da sein. Monarchische Fische lehren wir ab. Wir sind bereit, mitzuarbeiten am dem Wiederaufbau des deutschen Volkes. Wenn wir zusammenhalten und die nötige Energie aufwenden, dann können wir den Ruin vermeiden. Die demokratische Partei hat die Erwartungen weiter Kreise des Bürgertums, die eine demokratische Haltung im Gegensatz zu den Sozialdemokraten wünscht, nicht erfüllt.

Minister Schiffer: Der Vorredner hat behauptet, die Demokraten hätten Ministerien geschaffen, um ihre Leute unterzubringen. Diese Unterstellung weisen wir zurück. Die neuen Minister waren in dieser Zeit unbedingt notwendig, besonders der Minister ohne Ressort war nötig wegen plötzlich auftauchender Aufgaben und wegen der Vertretung im Reichsrat. Der Wiederaufbauminister hat ein ungeheures Arbeitsfeld und Aufgaben, die in die verschiedensten Ressorts hineinragen. Im übrigen geht die Haltung der Regierung nach so weit, daß noch eine ganze Reihe Ihrer Parteiführer zur Deutschen Volkspartei in führenden Reichs- und Staatsämtern sind. Sie müssen uns das Zusammenarbeiten mit Ihnen nicht unmöglich machen durch Anwendung vergifteter Waffen. Es ist ein Verbrechen, den anderen Parteien das nationale Gefühl abzusprechen. (Lebhafter Beifall bei den Reichsparteien.)

Dr. David: Die Monarchie hat das deutsche Volk in das größte Unglück gebracht. (Zwischenrufe und Pfischen rechts.) Die Monarchie hat Männer an die Spitze gebracht, deren Unfähigkeit an das Katholische hinciert. Beweise werden noch dokumentarisch gebracht werden.

Es folgen noch persönliche Bemerkungen. Der Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds wird erledigt. Hierauf verlag das Haus die Sitzung auf morgen 1 Uhr: Fortsetzung der Erörterung. Schluß 6 Uhr.

Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung nahm bei Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums einen Antrag der Demokraten an, daß auch Frauen als Vortragende Räte berufen werden können.

Kommunalpolit. Rundschau.

Sparfame Bauweisen und Aufgaben der Gemeinden.

Von Baurat Georg Linde, Jever i. Oldbg. (Vgl. Nr. 236 der „Karlsruher Zeitung“.)

Welche Bedeutung die Kohle für unser ganzes Wirtschaftsleben hat, dürfte jetzt, wo der Mangel von Tag zu Tag immer fühlbarer wird, wohl allgemein bekannt sein. Die Not der Zeit ist noch nicht vorbei, ja, sie hat wahrscheinlich noch nicht mal ihren Höhepunkt erreicht. Ganz besonders fühlbar wird sich die Kohlennot auf dem Baumarkt bemerkbar machen. Überall fehlt es an Wohnungen, eine großzügige Siedlungspolitik ist eingeleitet, öffentliche Bauten aller Art sollen ausgeführt werden. Der Wiederaufbau unseres Vaterlandes hängt nicht zu leicht ab von der Lösung der Wohnungs- und Siedlungsfrage. Der Inlandsmarkt könnte dadurch wesentlich gehoben, der Arbeitslosigkeit würde gesteuert werden. Zu allen Bauten, zu allen Änderungen und Verbesserungen vorhandener Wohnungen aber gehören Baustoffe. Nur hier und da wird man Kerkern, vorhandene Baracken usw. zu Wohnungen umbauen können. Es kann jedoch keineswegs einen Fortschritt bedeuten, neue Mietkasernen zu schaffen. Zur Herstellung unserer bisherigen üblichen Baustoffe aber gehörten Kohlen, vielfach in nicht unbeträchtlichen Mengen, die bisher viel zu wenig beansprucht gewesen sind. So braucht man z. B. für 1000 kg. Zement 500 kg. Kohle, für 1000 Ziegelsteine bis zu 400 kg. Wieviel Kohle steht aber für Baustoffe heute und in Zukunft zur Verfügung? Der Deutsche Zementbund berichtet, daß für August 883 000 000 kg. Zement zur Lieferung angefordert sind, hergestellt werden vielleicht 80 000 000 kg., also noch nicht ein Zehntel, weil nicht mehr Kohlen vorhanden sind. Der Friedensvertrag legt uns die Verpflichtung auf, Baustoffe aller Art zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete nach Frankreich und Belgien zu liefern. Für uns selbst werden also immer noch weniger Baustoffe zur Verfügung stehen. Denn wenn auch damit zu rechnen ist, daß die Kohlenförderung allmählich wieder in die Höhe gehen wird, so ist auf der anderen Seite zu berücksichtigen, daß wir auch große Mengen Kohle unseren Feinden auf Jahre hinaus liefern müssen, und daß die Zahl der zu unserer Verfügung gebliebenen Kohlengruben ganz erheblich geringer geworden ist. Der frühere Bedarf der Kriegsmarine, der Rüstungsindustrie u. a. kommt zwar in gewissem Grade zum Fortfall, aber für einen Ausgleich dürfte es bei weitem nicht ausreichen.

Was ergibt sich nun aus diesen Tatsachen für den Baumarkt? Soll man den Wohnungsbau immer noch weiter einschränken oder womöglich ganz einstellen? Das ist einfach unmöglich. Mag auch in den nächsten Jahren eine große Auswanderung einfließen — die Anzeichen dazu sind ja leider vorhanden —, die Beseitigung der riesigen Wohnungsnot und die Befriedigung des Landes muß mit allen Mitteln gefördert werden. Das wird aber im richtigen Umfange nur möglich, wenn alle vorhandenen Baustoffe in jeder Weise wirtschaftlich und sparsam ausgenutzt werden. Man bedenke auch die Lohnsteigerungen, die an sich alles verteuern. Jedes sparsame Arbeiten streckt die zur Verfügung stehenden Geldmittel, die ja ebenfalls bei unserer Finanznot stets sehr begrenzt sein werden. Bei allem Sparen im Bauen vergesse man jedoch nicht, daß die Kohle nicht nur zur Herstellung der Baustoffe, sondern auch zum Heizen und zum Kochen gebraucht wird. Die Wohnungen dürfen also nicht so gebaut werden, daß mehr Kohlen als bisher zum Erwärmen nötig sind. Im Gegenteil, man muß noch verlangen, daß in Zukunft alle Ofen so eingerichtet sind, daß die Heizkraft der Kohle auf das äußerste ausgenutzt wird. Heute haben wir noch Ofen, bei denen bis zu 90 p. h. der Heizkraft aus dem Schornstein fliegen.

Sparfame brennende Ofen müssen die sparsamen Bauweisen wirksam ergänzen.

Diese kurzen Erwägungen geben schon ein Bild von der großen Arbeit der nächsten Zukunft auf dem Gebiete des Wohnungs- und Bauwesens. Berücksichtigt man nun, daß die Träger des Wohnwesens in erster Linie die Gemeinden sind, so ergeben sich für diese neue große Aufgaben, deren Lösung rasch in Angriff genommen werden muß, deren Umfang freilich heute noch kaum abzusehen ist. Da es sich im wesentlichen um technisch-wirtschaftliche Fragen handelt, die eingehende Sachkenntnis voraussetzen, wird es besonders in den kleineren Gemeinden nicht leicht sein, den geeigneten Weg zu finden, weil die Kräfte zur Durchführung fehlen. Die größeren Selbstverwaltungsverbände, Reich und Staat werden hier nicht umhin können, mitzuhelfen. Dazu kommt, daß gerade auf bautechnischem Gebiet Neuerungen oft schwer durchzuführen sind, wenn sie alten Gewohnheiten zu widersprechen scheinen. Auch das gute, bewährte Alte wieder hervorzuholen, ist oft nicht leicht, wird aber nötig, wenn es zu sparen gilt.

Fremdenkontrolleure in Bayern.

RR. Zur Überwachung der Fremdenbetriebe (Gaststätten, Gasthöfe, Fremdenheime usw.) und der Fremden wurden in Bayern in den Bezirken mit größerem Fremdenverkehr besondere Fremdenkontrolleure aufgestellt. Diese haben darüber zu wachen, daß nicht mehr als die zugelassene Bettenzahl belegt ist, daß die festgesetzte Aufenthaltsdauer genau eingehalten wird, daß die Gaststätten die Vorschriften über die Vereinfachung der Speisefarte über die Einhaltung der fleischlosen Tage, das Verbot der Verabreichung von Eiern, Eierspeisen und von Butter und die Markenpflicht genau einhalten. Zur Überwachung der Fremden sollen außer den Fremdenkontrolleuren vor allem auch Vertreter der Arbeiter- und Bauernräte beigezogen werden. Die Bezirke mit besonders starkem Fremdenverkehr erhalten von den Lebensmittelstellen, soweit als möglich, Sonderzulagen zugewiesen, die Fremdenbetriebe Auslandslebensmittel zu den bisher festgesetzten Preisen, die Kommunalverbände für die Versorgung der ortsanfässigen Bevölkerung auf Verlangen Auslandslebensmittel zu billigeren Preisen.

Ein studentisches Wohnungsam

RR. Bereits im abgelaufenen Studienhalbjahr hatte sich in Darmstadt Mangel an Studentenwohnungen gezeigt und in Verbindung damit war Wohnungsmischer zutage getreten. Die Studentenschaft hat deshalb in der Technischen Hochschule ein Wohnungsam errichtet, das kostenlos leerstehende Studentenwohnungen vermittelt.

Badische Ueberlicht.

Zur Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft.

In längerer Ausführungen behandelte nach dem „Volkswort“ am Mittwoch abend in einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Karlsruhe unter allgemeiner Zustimmung Arbeitsminister Brüder die Elektrizitätswirtschaft im Reich und in Baden. Zum Entwurf des Reichsgesetzes betr. die Elektrizitätswirtschaft wünschte der badische Arbeitsminister, daß in der Verstaatlichung weiter gegangen werden sollte als dies der Regierungsentwurf vorsieht, indem er verlangte, daß die Verstaatlichung bereits bei 20000 Volt bzw. 1000 Kilowatt beginnen sollte. Im Gegensatz zu den Reichsbahnen usw. bleibt bei der Elektrizität die Durchführung der Reichsgesetze am besten den einzelnen Ländern überlassen, denn Baden ist in bezug auf die Ausnützung der Wasserkraft am reichsten. Wir dringen deshalb darauf, daß die Befugnisse uns überlassen bleiben. Die weiteren Arbeiten des badischen Parlaments werden beschleunigt. Neben der Einleitung der Kräfte ist der Gedanke zu erwägen, ob wir nicht auch unsere Bahnen elektrifizieren können. Grundlage unserer Volkswirtschaft wird sein die Verbindung von Neckar und Oberrhein, deren Schwankungen durch ein Spitzenwerk wie das Murgwerk ausgeglichen werden.

Industrie und Wirtschaftslage.

BC. Der Verband Südwestdeutscher Industrieller hielt in Karlsruhe seine Hauptversammlung ab. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten sprach Verbandspräsident Dr. Wied über „Industrie und derzeitige Wirtschaftslage“. Der Redner gab einleitend einen kurzen Überblick über die innerpolitischen Verhältnisse vor und während des Krieges und behandelte dann das Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft, darauf hinweisend, daß die langen Jahre des Weltkrieges jedem klar und deutlich nicht nur die große Bedeutung der Landwirtschaft für Deutschland zum Bewußtsein gebracht, sondern auch ihren außerordentlichen Aufschwung und ihre steigende Leistungsfähigkeit gezeigt hätten, die die Landwirtschaft in nicht geringem Maße der Arbeit der Industrie verdrängt. Selbstverständlich müsse die deutsche Landwirtschaft gestützt und gefördert werden, so weit es möglich sei, um den nur denkbar höchsten Grad ihrer intensiven Bewirtschaftung zu erreichen. Jedes Körnlein Getreide im Inland erzeugt, wiege heute für uns doppelt schwer. „Arbeiten und nicht verzweifeln!“ so läßt es immer und immer wieder. Eines der beliebtesten Schlagwörter sei: „Freie Bahn dem Lächeln!“ Das aber bedeutet nicht, daß man den Unternehmer in die Hände der Intelligenz und die Unternehmungslust in Fesseln schlagen, daß man weitgehend sozialisieren, kommunalisieren und kommunizieren solle. Das bedeutet vielmehr, daß man Verdienst und Leistung zahle, daß die deutsche Geistesarbeit und Fabrik- und Produktionsgeheimnisse schütze und den deutschen Erfinder und Unternehmer nicht in das Ausland treibe, die Industrie rufe nach Kohle und Rohstoffen und die Erteilung von Staatsaufträgen würde seitens der Industrie als dringend erwünscht bezeichnet.

Eine Frage von außerordentlicher Wichtigkeit sei denn noch die Rohstoffversorgung der badischen u. südwestdeutschen Industrie. Das Ausland rufe nach den allen guten deutschen Waren und der Krieg habe vielen, namentlich von Ländern in Übersee erst offenbart, daß vieles, was sie früher über andere Länder bezogen, deutsche Waren gewesen seien. Das geringe Vertrauen des Auslandes in unsere Leistungsfähigkeit, die durch Kohle- und Rohstoffmangel, Transportbeschwerden und geminderte Arbeitsleistung auf fast allen Gebieten behindert und verzögert wurde, habe ein immer weiteres Sinken unserer Valuta zur Folge gehabt. Erstlichweise sei bei uns in Baden und Südwestdeutschland an verschiedenen Stellen zu konstatieren, daß die Arbeitslust im Zunehmen begriffen sei und daß auch die Wiedereinführung der Akkordarbeit, die Bezahlung nach Leistung, wie man sie besser nenne, zunehme. Die verzweifelte Lage, die uns der unglückliche Ausgang des Weltkrieges und die Revolution gebracht hätten, könnten wir nur einigermaßen abwenden durch steigende aber nicht durch sinkende Arbeitsleistung des ganzen wertvollen Volkes und durch Ruhe und Ordnung im Lande. Davon abhängt das Steigen oder Fallen unserer Valuta und davon abhängt, ob unser deutsches Volk wieder emporsteigen oder verelenden werde. Wohin Sozialisierungsmaßnahmen führten, das hätten uns in extremer Weise die russischen Vorgänge der letzten Zeit gezeigt, die wahrlich von unserer Regierung nicht als nachahmenswert hingestellt werden könnten. Was den vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über die Betriebsräte anbetreffe, so bedeuteten die in ihm vorgesehenen Bestimmungen: Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten bei Einstellungen und Entlassungen, Entsendungen von Vertretern der Betriebsräte in den Aufsichtsrat, der Zwang für den Industriellen, dem Betriebsrat durch Vorlegung seiner Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung Einblick in sein Vermögen und in die Lage seines Unternehmens zu gewähren, schon eine teilweise Depositionierung, eine Beschränkung der Freiheit und des freien Verfügungsrechtes des Industriellen über sein Eigentum, einen Eingriff in die Rechtsphäre einer bestimmten Klasse von Staatsbürgern durch andere. Durch eine derart weitgehende Beschränkung der freien Initiative des privaten Unternehmers müsse die Unternehmungslust, der Wagemut des einzelnen Industriellen, der uns groß gemacht habe, unterbunden werden. — An der Diskussion beteiligten sich insbesondere die Herren: Kommerzienrat Stöck, Fabrikant Mez i. Fa. Mechanische Weberei Zell i. W., Geh. Rat Zimmermann vom badischen Finanzministerium, Fabrikant Habermehl-Forsheim, Fabrikant Watschari-Baden-Baden, Kommerzienrat Moninger-Karlsruhe, Fabrikant Reinach, Kommerzienrat Güntermann, Gutach und Dr. Mied. Weitere Verhandlungsgegenstände bildeten die Fragen der Steuererhebung, die Erteilung von Staatsaufträgen und die Rohstoffversorgung der Industrie. — Zum Gesetzentwurf über die Betriebsräte sprach Dr. Schneider-Berlin. An die Ausführungen des Redners schloß sich eine eingehende Diskussion an.

Die Schifffahrt auf dem Oberrhein.

oc. Der Industrieverein St. Gallen besaßte sich jüngst in einer Versammlung mit Rheinfragen. Die Versammlung war sich darin einig, daß gegen die Verfallener Bestimmungen, die eine schwere Gefahr für die Schifffahrt auf dem Rhein, insbesondere oberhalb Basel in sich schließen, eine internationale Aktion eingeleitet werden müsse. Die Schweiz sollte versuchen, Belgien, Holland und England, sowie die Vereinigten Staaten, die sich mit den fraglichen Bestimmungen ebenfalls nicht einverstanden erklären könnten, als Bundesgenossen zu gewinnen. Ferner beschloß die Versammlung dahin zu wirken, daß eine ausgiebige Belebung der Schifffahrt oberhalb Straßburg ins Werk gesetzt werde durch Vereinfachung der nötigen Dampf- und Schweizerischerseits. Für die Strecke Basel-Konstanz soll ein besonderer Wasserwirtschaftsplan ausgearbeitet werden.

Volkswirtschaft in Schleswig.

Im Auftrage des Deutschen Ausschusses für das Herzogtum Schleswig fordert Herr Bezirksrat Julius Schramm in Freiburg i. B. alle in Baden lebenden Nordschleswiger, soweit sie das 20. Lebensjahr vollendet haben, zu einer gemeinsamen Fahrt behufs Beteiligung an der in kurzer Zeit stattfindenden Abstimmung über die Loslösung eines Teiles der engeren Heimat auf. Sowohl Frauen wie Männer haben hierbei das Stimmrecht. Die Mittel werden von dem hierzu gebildeten Ausschuss zur Verfügung gestellt. Da auch von gegnerischer Seite alles aufgegeben wird, um diesen schönen und fruchtbareren Länderstrich dem Deutschen Reich zu entreißen, ist es dringend erforderlich, daß eine vollzählige Beteiligung stattfindet. Es sollten sich deshalb alle Nordschleswiger an obige Adresse wenden, um das Nähere zu erfahren.

Badische Zeitungsstimmen.

Die Vereinigung Badens mit Württemberg.

Zu der neuerdings wieder öfter erörterten Vereinigungsfrage schreibt Carl Feder-Baden-Baden in der „Badischen Post“ u. a.:

„Die Frage richtig formulieren, heißt eigentlich schon, sie für Baden zu verneinen. Denn nach der ganzen Sachlage läßt sich eine Vereinigung Badens mit Württemberg, sondern in Wirklichkeit nur eine Vereinigung mit Württemberg, d. h. ein Aufgehen unseres Landes in dem Nachbarlande in Betracht. Die wirtschaftlichen Erwägungen, die dafür geltend gemacht werden, halten keiner näheren Prüfung stand. . . Gerade der Möglichkeit der freien Verständigung von Fall zu Fall, wobei Baden als gleichberechtigter und gleichwertiger Verhandlungsteilnehmer auftreten kann, entäuerten wir uns durch die staatliche Vereinigung mit dem Nachbarlande. Württemberg ist größer und bevölkerter als Baden. Immer würden die Württemberger den Ausschlag über das, was Baden frommt oder nicht frommt, geben. Für jede politische oder wirtschaftliche Aktion würde die Musik in Stuttgart gemacht. Der Gedanke, Forchheim oder Heidelberg zur Zentrale des künftigen Staates zu erheben, ist eine Überhaupt nicht ernst zu nehmende Schräule.“

Anzunehmen aber, mit der Schranke der rot-gelben und der schwarz-rotten Grenzpfähle würden auch alle realen Interessenverschiedenheiten zwischen beiden Landesanteilen verschwinden, sie würden einer allseitigen Harmonie in dem weitesten Sinne wirtschaftlichen Bestrebungen Platz machen, ist widersinnig. Es würde sich im Gegenteil sehr bald erweisen, daß wenn das bisherige staatliche Verhältnis zwischen beiden Ländern in praktischen, wirtschaftlichen Fragen nicht immer reibungslos funktionierte, auch tatsächliche Interessengegensätze schuld trugen. In allen solchen Punkten wäre aber die badische Minderheit von vornherein der württembergischen Mehrheit ausgeliefert. Aber, selbst ein Durchgehen allgemein-badischer Wünsche wäre auf die Dauer nicht zu erwarten. Wir verlieren allen Einfluß, jedenfalls allen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung unserer Angelegenheiten. Solcher Verzicht läßt sich dem Reich gegenüber vertreten, nicht aber zugunsten eines anderen Partikularstaates.“

elbst wenn die von den Vereinigungsfreunden erhoffte Verbilligung der allgemeinen Staatsverwaltung einträte, böte sie kein Äquivalent für die etwaigen Nachteile. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob die gemeinschaftliche Verwaltung beider Länder überhaupt billiger würde als die getrennte. Die Finanzabrechnung der verflochtenen zehn Monate bietet keinen erfreulichen Ausblick für die Zukunft. Jedenfalls darf die Hoffnung darauf nicht entscheidend sein. . .“

Gegen das Schieberverbot.

Die „Konstanzer Nachrichten“ fragen, ob das Publikum nicht selbst mitschuldig ist, daß die Schieber und Wucherer bisher goldene Tage hatten. „Der Schieber“, so heißt es dann weiter, „hat keine Ehre und kein Gewissen im Leib, er hat noch weniger ein Herz für seine Mitmenschen. Ihn beherrscht nichts als die niedrigste Gewinnlust, daher läßt er ihn völlig kalt, ob in Versammlungen, Zeitungsartikeln, auf der Straße und in der Eisenbahn über ihn geschimpft und gemotzt wird. Rächelnd heimt er sein Blutgeld ein und sagt sich: „Die Leute mögen ruhig schimpfen, wenn sie nur zahlen.“ Er spekuliert ganz richtig auf die Gedankenlosigkeit der Masse, die überall, wo man hindört, das gottverdammte Schieberpad verflucht, sonst aber alles Heil vom Staat und von der Regierung erwartet. Wer ist der Staat? Der Staat sind wir, und die Behörden sind nur ein Teil des Staates. Ohne richtige Mithilfe des Einzelnen kann nie ein erfolgreicher Kampf gegen das Schieberverbot geführt werden. Die Verbraucher-Selbsthilfe muß kräftig einlehen, es müssen Vereine gebildet werden, zum Kampf gegen Schieber, Wucherer und Preistreiber. Mit dem Schimpfen allein ist leider noch nichts getan. Der größte Preistreiber ist aber das Publikum selbst, weil es die Preistreiber begünstigt durch kritikloses Einlaufen und sich an unterdrückten Preisforderungen einfach alles bieten läßt. Streiks sind doch heute etwas ungemein häufiges. Wie wäre es einmal mit einem Streik der Verbraucher? Er würde, gut organisiert, sicher wirken. Im übrigen soll jeder nur kaufen, was er unbedingt braucht. Dann müßte vieles von selbst billiger werden. Wer Entbehrliches zu teuer kauft, unterstützt die Schieber und verflucht sich gegen seine Mitmenschen! Öffentlich sollte man auffordern, jeden Preistreiber anzugehen, Bräunten müßten angezeigt werden, welche die erwünschten Kalkulationen dann selbst als Strafe bezahlen müßten. Vor allem müßte das amtliche Personal vermahnt werden, das die Fälle untersucht und auch selbst aufdeckt. Dieses Personal würde sich sehr gut von selbst bezahlt machen, denn der ertrappte Schieber und Wucherer muß auch kräftig zahlen. Das tut ihm, dessen Gott der Mann ist, am liebsten. Aber auch in aller Öffentlichkeit gehören dann diese Schurken, ob groß oder klein, an den Pranger gestellt. Mit Fettdruck müssen ihre Namen in den Zeitungen erscheinen, damit das Publikum diese Ehrenmänner kennen lernt. Auch der Inzeratenteil mancher Zeitungen ist das Arbeitsfeld der Schieber und Schwindler. Da müßte einmal gründlich hineingeleuchtet und es müßten Maßnahmen gefunden werden, diesen dunklen Existenz das Handwerk zu legen.“

In der Regel umgibt der Schieber sein Tun und Lassen mit einem geheimnisvollen Dunkel. Besonders das „woher?“ der Ware bleibt verbüllt. Die Spuren des Zwischenhandels werden verwischt. Man macht es jedem zur gesetzlichen Pflicht, bei Käufen und Verkäufen über eine gewisse Wertgrenze einen schriftlichen Beleg zu fordern oder zu geben. Käufe ohne Rechnung oder Quittung sollen unzulässig oder strafbar sein. Dann kann der große „Unbekannte“ keine Rolle mehr spielen.“

Ruf zur Sammlung.

Das „Neue Mannheimer Volksblatt“ schreibt: „Unsere heutige innere Lage, im Vergleich zu dem früheren Zustand betrachtet, ist geeignet, uns geradezu mit Schrecken und Grauen zu erfüllen. Das deutsche Volk liegt in Parteien

zerklüftet und bekämpft sich mit den Waffen des Hasses. Ein Blick auf die politische Bühne läßt uns nichts anderes als läghä, haken, neuen Fäden, neuen Gah und neue Feindschaft sehen. Bis in das entfernteste Dorf, die kleinste Gemeinde hinein wird der Parteienstreit getragen und die Volksseele aufgeweicht. Und das zu einer Zeit, wo die Sammlung aller Kräfte zu gemeinsamer Widerstandarbeit am zerfallenen und zerrütteten deutschen Heim so not tut! Wenn es nur das Bestreben wäre, ehrlich über den Wert oder Unwert der Parteien sich auseinander zu setzen, könnte man sich noch damit abfinden. — Aber was sehen wir? In zwei Parteienlager ist das deutsche Volk geteilt, hier die Parteien, die aufbauen wollen, und dort die radikalen Elemente, die das mühsam Wiederaufgerüstete zu zerstören drohen. Hier Ordnungsparteien, dort Umstürzler. Wir haben die Frucht der Wiederaufbauarbeit gesehen, als die neue Reichsverfassung zustande kam, aber auch die Macht der Radikalen lernten wir kennen. Man denke nur an die vielen Streiks, die leichtsinnig provoziert wurden, und die unsere ganze Volkswirtschaft lähmten und die Fundamente unseres Staatswesens untergruben.“

Wie aber war es möglich, daß die Radikalen ihre Macht so geltend machen konnten, die Minderheit, die Mehrheitsparteien terrorisierten? Siehen wir einmal ganz aufrecht: was allein trifft die Schuld! Wir waren nicht einig! Statt eine scharfe Trennungslinie zu ziehen zwischen uns und den Umstürzern, und den Streit innerhalb unserer eigenen Partei zu begrenzen, um mit vereinten Kräften an der Bekämpfung und Überwindung der aufrührerischen Elemente zu arbeiten, haben wir uns selber bitter bekämpft, sind immer uneinig geworden und haben unsere Macht zerplittert. Die große Mehrheit des deutschen Volkes wurde ohnmächtig im wilden Parteienkampf. Der einmal die Geschichte des deutschen Volkes zu schreiben haben wird, muß auch über diese Erscheinungen nach der Revolution sprechen, und unsere Kinder, die in den Annalen lesen, werden die Köpfe schütteln und sich fragen: wie war es möglich, daß man über die Notwendigkeiten des Tages noch innere Zwietracht säen konnte!

Wer hat denn eigentlich den Augen von unserer Uneinigkeit? Sind es nicht die Kreise, die wir bekämpfen müssen? Müht etwa uns der wilde Haß und Streit? Wenn unser Volkstörper über und über mit Wunden bedeckt ist, und Tag für Tag die Volksseele von neuem mißhandelt und geschlagen wird, dann hilft kein Mittel, keine Umkehr und Einsicht mehr! So weit aber sind wir heute schon gekommen! Unser Volk leidet an der inneren Zerwürfnis, es füllt sich verlassen. Ohne Führer aber treibt es ins andere Lager hinüber, und dann ist es uns verloren! Beregen wir doch nicht, was bevorsteht! Den schwersten politischen Kampf gehen wir erst noch entgegen. Die Nationalversammlung tritt in wenigen Wochen vom Schauplatz ihrer Tätigkeit zurück. Dann aber werden die Wahlkämpfe einsetzen und mit einer Witterung sonder gleichen gefüllt werden. Was aber geschieht mit unseren Wählern, werden sie den Ordnungsparteien treu bleiben, wenn sie täglich die widerlichsten Kämpfe sehen, wenn immer neue politische Probleme ausgegeben werden? Oder werden sie nicht vielmehr verzagt beiseite schießen? — Die Ordnung, die Unordnung! Die Parteien der Ordnung, die Parteien der Unordnung! So müssen sich die Geister scheiden!“

Aus der Landeshauptstadt.

* Der neue Oberbürgermeister von Karlsruhe, Dr. Finter, hat, wie der „Bad. Kr.“ aus Mannheim gemeldet wird, dem Stadtrat Mannheim mitgeteilt, daß er die Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe angenommen habe. Er beabsichtigt, am 15. Oktober d. J. aus den Diensten der Stadt Mannheim auszuscheiden. Der Stadtrat von Mannheim nahm hiervon ausfüßenden Kenntnis. Nach dem Stadtratsbericht nahm Herr Dr. Finter vom Stadtratskollegium bewegten Abschied unter herzlichem Dank für das ihm in seiner bisherigen Arbeit entgegengebrachte Vertrauen und dem Ausdruck der besten Wünsche für die Zukunft der Stadt Mannheim und mit der Versicherung, daß er es sich angelegen sein lassen werde, in seiner künftigen Stellung freundschaftliche Beziehungen zu Mannheim zu pflegen. Der Vorredner sprach dem Scheidenden für sein hiesiges unermüdetes und erfolgreiches Wirken und für die Zusage der künftigen Pflege guter Beziehungen zu Mannheim den Dank der Stadtverwaltung aus unter Versicherung der besten Wünsche für seine Betätigung im neuen Wirkungskreis.“

Der Verein Volksbildung, der das Verdienst für sich in Anspruch nehmen darf, durch Veranstaltung von Volksvorträgen, durch musikalische Darbietungen und Volkstheateraufführungen, sowie durch den Betrieb von Volkshochschulen dem stetig wachsenden Bildungsbedürfnis weiterer Kreise während der 20 Jahre seines Bestehens reiche Nahrung geboten u. dadurch eine führende Stellung auf dem Gebiete der Populärisierung von Wissenschaft und Kunst in hiesiger Stadt erlangt zu haben, hat in seiner Vorstandssitzung vom 9. d. M., zu der die Vertreter der angeschlossenen Arbeitervereinigungen fast vollständig erschienen waren, sein diesjähriges Winterprogramm aufgestellt. Dies sieht in der Abhaltung von Vorträgen eine Reihe von Vorträgen vor, die eine zusammenhängende Einführung in die verschiedenen Gebiete der Volkswirtschaftslehre geben und in einem zweiten Zyklus einen Überblick über die moderne Entwicklung des Weltverkehrs, und Zeitweises bringen sollen. Daneben sind Vorträge durch die hiesigen Kunstvereinigungen, durch Jobstille und Laboratorien vorgesehen. Durch das verständnisvolle Entgegenkommen des Kultusministeriums und der Generaldirektion des Landesarchivs ist auch für diesen Winter die Veranstaltung von Sonderveranstaltungen mit einem gewählten Programm, wie in den früheren Jahren, gesichert. Außerdem sollen Sonntags die früher so beliebten musikalisch-dramatischen Abendunterhaltungen im kleinen Festhallsaal wieder aufgenommen werden. Der Betrieb der Festsäle, für welche die Stadtverwaltung leider immer noch nicht genügende Räumlichkeiten zur Verfügung stellen kann, wird in der bisherigen Weise fortgeführt. So ist denn Dank dem Entgegenkommen der staatl. Behörden, städtischen und Hochschulinstituten für das beginnende neue Vereinsjahr eine weitere ersprießliche Vereinstätigkeit zu erwarten, vorausgesetzt, daß die Kohlennot nicht auch hier unüberwindliche Schwierigkeiten in bezug auf Heizung und Beleuchtung schafft. Leider wird die unglückliche Preissteigerung auf allen Gebieten auch für den Verein Volksbildung eine mäßige Erhöhung der Eintrittspreise für alle Arten von Veranstaltungen zur Folge haben und eine weitere Steigerung nur vermieden werden können, wenn die Vereinskassen aus den Mitgliederbeiträgen eine wesentliche Erhöhung erfahren. Die Vereinsleitung glaubt aber vorläufig noch von der Erhöhung des jährlichen Mitgliedsbeitrages von 1 Mark Abstand nehmen zu sollen, indem sie hofft, daß eine Anzahl Mitglieder freiwillig sich zu einer größeren Beitragsleistung entschließen und die durch den Krieg und den Wegzug zahlreicher Mitglieder entstandenen Lücken in der Mitgliederzahl durch neue Anmeldungen bald wieder ausgeglichen sein werden. In Anbetracht der gemeinnützigen, in hiesiger Zeit doppelt erstrebenswerten Ziele der Vereinstätigkeit wäre eine stärkere Beteiligung aus allen Kreisen der hiesigen Bürgerschaft dringend wünschenswert. Möchte eine Mahnung in dieser Hinsicht nicht ungehört verhallen!

* Das Bezirkskommando Karlsruhe ist ab 1. Oktober 1919 dem Reichsarbeitsministerium unterstellt und führt von jetzt ab die Bezeichnung „Versorgungsstelle Karlsruhe“.